Kölner Erwerbslosen Anzeiger

KÖLNISCHES FLUGBLATT

UNABHÄNGIG - SEIT 2003 - UNENTBEHRLICH

Donnerstag 05.08.2004 – Nr. 10 – HDH/HP – D: 0,0 EUR

Historisches Minus: Nur noch 22 % für die Sozis laut ZDF!	Historisches Plus: 8,6 Mio. Erwerbslose laut WiWo Nr. 29	Neue Armut: Diakonie mietet Notunterkünfte für Erwerbslose an!

Offener Brief an den DGB und die Einzelgewerkschaften

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

seit einiger Zeit gibt es „Bündnisse soziale Bewegung“, z.B. in Köln. Dort möchte man auch etwas gegen die Massenarbeitslosigkeit tun. Das ist höchst ehrenwert und engagiert, die Frage ist, ob es reicht. Die Idee, ein symbolisches Band zwischen Börse (als Tachometer steigender Arbeitslosigkeit) zur Arbeitsagentur (als statistisches Lügenbarometer) zu ziehen, wirkt vielleicht etwas hilflos. Die Erwerbslosen bedanken sich aber auch für die kleinste solidarische Unterstützung.

Beim Spannen des Bandes war die richtige Richtung zu wählen, nämlich von der Arbeitsagentur in Richtung Börse. Denn die „Reservearme“ der Erwerbslosen wird durch die neuen Arbeitsmarktreformen in Arbeitsdienst und Billigjobs, die ein kulturelles Leben nicht mehr sichern, gepresst. Und wenn das nicht funktioniert gibt’s die neuen Almosen, Arbeitslosengeld II genannt. Das ist zwar nicht genug, aber man kommt damit vielleicht zu einer preiswerten Unterkunft, wenn zwangsumsiedelt werden muss. Dabei helfen Diakonische Werke, die inzwischen Notunterkünfte für Langzeiterwerbslose anmieten. Und in Ostdeutschland findet demnächst die Kasernierung der Erwerbslosen in den alten Ost-Plattenbauten statt. Es wird auch auch nicht mehr die „Miete“ ersetzt, sondern es gibt „Unterkunftskosten“. Usw. usw.

Man merkt: Die „Arbeitsmarktreformen“ beginnen zu greifen. Dann ist es auch ganz richtig, wenn der DGB nun verkündet, den Streit mit Kanzler Schröder zu beenden, auch wenn man nicht ganz einer Meinung ist. Der Ton soll wieder netter werden. Na ja, Streit gibt es eben in den besten Familien, und eigentlich war man ja selbst immer ein bisschen für „Hartz“. Konfrontation geht man da wohl am besten aus dem Wege, nicht wahr? Vergleichbares hatten wir schon mal.

Ach ja, die 30er. Da hielt 1932 ein Abgeordneter Rudolf Hilferding im Reichstag folgende Rede: „... Aber eines wissen wir, (es) erhob sich ein Herr Thyssen, der Sohn eines bedeutenden Vaters und der Erbe eines bedeutenden Vermögens, der Mann, der sich nach den Zuständen vor dem Kriege, die uns von Deutschnationalen so gepriesen werden, zurücksehnt, wo die Gewerkschaften nicht verhandlungsfähig waren, wo jeder Großindustrielle an Ruhr und Rhein Herr im eigenen Hause war. Herr Thyssen, der in Amerika Reden hält, dass das ganze deutsche Unglück von der Sozialpolitik, von der Arbeitslosenversicherung, von den Sozialbeiträgen kommt...“

Ähnliches hörten wir von Herrn Kanzler Schröder, dem Sozi, als er 2003 in den USA für seine „Agenda 2010“ warb. So wie Thyssen 1932. Wir hören es auch von den Grünen, der CDU/CSU und der FDP. Auch unser neuer Bundespräsident Prof. Köhler, der Wirtschaftsfachmann, der als Führer des IWF ganze Völker wirtschaftlich mit in den Ruin getrieben hat, meint das. Und BDI-Verbandsboss Rogowski möchte am liebsten alles neu machen und laut den „Stuttgarter Nachrichten“ gern wieder Bücherverbrennungen an einem schönen Lagerfeuer durchführen, z.B. mit den Tarifverträgen und dem Betriebsverfassungsgesetz. Hatten wir auch schon 1933. Alles Töne, die uns sehr nachdenklich stimmen.

Dabei meinte bereits der Reichskanzler von Kaiser Wilhelm II, v. Bühlow, am 21.01.1902: „... ist es Pflicht des Staates ... auch die Arbeitgeber und Unternehmer aufzufordern, kräftig mitzuwirken, damit die Klassendifferenzen immer mehr zusammenschrumpfen, damit die ärmeren Klassen immer wohlhabender werden,

(Weiter auf Seite 2)

Kleinstwohnung eines Erwerbslosen um 1930

Foto: E. Thormann, Arbeiterfotograf
www.arbeiterfotografie.com

„Ihr seid entlassen!“

Und als man ihnen sagte, es wird niemand mehr eingestellt, schwiegen alle, denn sie hatten ja ihren Arbeitsplatz.

Und als man ihnen sagte, die Befristeten werden nicht verlängert, dachten sie: Die finden schon wieder was.

Und als man ihnen sagte, die Auszubildenden werden nicht übernommen, dachten sie: Wenigstens haben sie 'ne Ausbildung.

Und als man ihnen sagte, die Hälfte der Belegschaft wird entlassen, atmeten sie tief durch, denn es war ja nicht ihr Arbeitsplatz.

Und als man ihnen sagte: „Ihr seid entlassen!", war niemand mehr da, der sich mit ihnen gegen das Unrecht wehren konnte!

(von Arbeitslosen frei verfasst nach einem Text von Martin Niemöller)

Weiter von Seite 1

damit immer mehr Individuen aus den unteren in die reicheren und wohlhabenderen Schichten der Bevölkerung gelangen, mit anderen Worten, den sozialen Aufschwung“. Aber heutzutage sind eben „Reformzeiten“!. Reform wie vor 1902?

Ganz am Rande: Nach dem Zitat über Rudolf Hilferding befand man sich 1932 noch vor dem Krieg. Heute befinden wir uns im Krieg. Und zwar im „Krieg im Inneren“ gegen unsere durch die wirtschaftsabhängige Einheitspresse abgerichteten Bürgerinnen und Bürger (M. Bode), sowie im „Krieg im Äußeren“, z.B. am Hindukusch, in Bosnien und demnächst wer weiß wo. Da hängt aber doch alles irgendwie zusammen, und wir möchten schon wissen: Woher kommt dieser Wandel des DGB, wo die Sozis doch mit Kanzler Schröder und der ihm eigenen Arroganz und der Hemdsärmeligkeit seiner Politik sowie seinen Helfershelfern dieses Land politisch ruiniert, indem er die „Diktatur des Kapitals“ wieder durchsetzen hilft? Der Kanzler, der nach „unten tritt, weil er der Wirtschaft gefallen möchte“ (Stern)? Der hilft, Tarife kaputt zu machen und Arbeitsplätze zu vernichten! Und mit Hartz IV unsere menschlichen Grundrechte verbiegt! Und Demokratie abbaut! Und laut „Sozial Watch“ 4,5 Mio. Menschen unter die Armutsgrenze treibt! Und die Gewerkschaft der Polizei rechnet mit sozialen Unruhen? Und der historische Vergleich ist doch auch nicht ganz falsch?

Wie kommt daher der plötzliche Friede zustande? Wie kommt Frau Engelen-Kefer dazu zu sagen: „Für den DGB ist der Protest gegen Hartz beendet, wir sind schließlich Demokraten“? Da passt doch was nicht zusammen! Wir wüssten daher, wo die Einzelgewerkschaften stehen und wie sie den Wandel des DGB einschätzen! Und ganz besonders wüssten wir gern, ob wir Erwerbslosen überhaupt noch mit Unterstützung des DGB rechnen können! Vielleicht könnten die Vorstände der Gewerkschaften ihren Mitgliedern die offizielle Position mitteilen zur gegenwärtigen Situation und wo es hingehen soll, wenn es so weitergeht. Wir würden das gern erfahren.

Wer sollte sonst noch so frei sein, zu informieren? Wir haben ein Recht darauf. Wir würden es auch veröffentlichen, damit viele Bescheid wissen. Oder wir müssen davon ausgehen, dass das alles in Ordnung ist, oder? Lieb´ Vaterland magst ruhig sein?

Mit freundlichen Grüßen
Bezirkserwerbslosenausschuss ver.di Köln
Köln, 08.08.2004
hdh

Ein Gespenst geht um - nicht nur in Europa …

… so ähnlich beginnt ein Schriftstück von Karl Marx und Friedrich Engels: Das kommunistische Manifest von 1848. Früher hieß dieses Gespenst Kommunismus, der unverständlicherweise bis zum heutigen Tag in Deutschland verteufelt wird. Heute jedoch ist es der Neoliberalismus, der umgeht wie ein Gespenst. Im Gegensatz zum Kommunismus scheint der Neoliberalismus leider wahr zu werden, wenn wir nicht dagegen kämpfen. Um jedoch gegen einen Gegner kämpfen zu können muss man ihn kennen. Was also ist Neoliberalismus überhaupt?

Neo bedeutet Neu, Liberal heißt nichts anderes als freiheitlich und Ismen laufen normalerweise auf eine Denkrichtung, eine Weltanschauung hinaus: Sozialismus, Katholizismus oder Kapitalismus, um nur einige Beispiele zu nennen. Neoliberalismus bedeutet also so was wie: „Neue freiheitliche Weltanschauung“. Hört sich doch gar nicht so schlecht an oder? Aber Erklärungen in einen Satz zu pressen birgt immer Probleme. Daher sollten wir uns ansehen, welche Folgen eine Welt für uns haben wird, die nach neoliberalen Vorstellungen verunstaltet und geplündert wird.

Spätestens seit Mitte der 70er Jahre wurde in der BRD damit begonnen, den nach dem 2. Weltkrieg entstandenen Sozial- und Wohlfahrtsstaat umzubauen, zu modernisieren. Wobei "Umbau" und "Modernisierung" in aller Regel einen Abbau sozialer Leistungen und Standards meinte. Der Sozialstaat, so der Tenor, musste von "Wildwuchs" befreit werden: Sozialleistungen wurden gestrichen und gekürzt. Ehemals staatliche Dienstleistungen wurden an private Anbieter vergeben. Staatsbetriebe wie die Bahn, die Post (inkl. Telekom) und Energieversorgung wurden privatisiert (also dem Volk, aus dessen

Altes Wahlplakat der KPD von 1930, neu zurecht gemacht für heutige Verhältnisse

Steuern sie aufgebaut wurden, geraubt), Teile der Beträge zu den Sozialversicherungen wurden unter dem Motto „Eigenverantwortung stärken“ von der Finanzierung zu gleichen Teilen durch abhängig Beschäftigte und Unternehmen immer mehr auf die Schultern der Beschäftigten abgewälzt. Mit der Begründung die Unternehmen müssten „entlastet“ werden. Wobei es sich bei den sogenannten „Lohnnebenkosten“ um vorenthaltenen Lohn handelt.

Ebenso wurden und werden die Unternehmen von der „schweren Steuerlast“ befreit, indem effektiv immer weniger Steuern auf Gewinne und Vermögen erhoben werden. . Die direkte Folge davon ist, dass den Großteil der staatlichen Finanzierung diejenigen tragen, die am wenigsten Einkommen haben.

Von Politikern und Unternehmen wurde und wird dies immer damit begründet, dass nur so Arbeitsplätze geschaffen werden könnten. Angeblich habe Deutschland nur mit diesen Maßnahmen eine Chance, in Zeiten der Globalisierung konkurrenzfähig zu werden. Dass die Erwerbslosigkeit gerade seit der Einführung dieser Maßnahmen immer dramatischer ansteigt, wird als Argument verwendet, dass eben noch nicht genug dereguliert und privatisiert wurde.

Andererseits steigt der Reichtum einer kleinen Bevölkerungsschicht immer weiter an. Unternehmen und Superreichen wird ein immer größerer Teil des jährlich von allen er wirtschafteten Gesamtprodukts zugeschlagen.

Das Politikmodell, unter dem all diese Verschlechterungen für abhängig Beschäftige durchgedrückt werden, nennt sich Neoliberalismus. Es ist das Gesellschaftskonzept, nachdem sich Deutschland, Europa und große Teile der gesamten Welt in ihrer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ausrichten. In der ganzen Welt mit derselben Begründung: Nur so könnten Arbeitsplätze geschaffen werden. Der Staat müsse schlanker, der Standort wettbewerbsfähiger werden. Mit katastrophalen Folgen für die Menschen. Marx nannte diese Form der Gesellschaft schlichtweg Kapitalismus. Damit sind wir wieder am Anfang unseres Artikels und stellen fest, dass „Neoliberalismus“ – Also die angebliche „Neue freie Weltanschauung“ nichts anderes ist, als die von oben aufs Neue entfachte Ausbeutung des Proletariats durch das Kapital!

Da es zu einer neuen Weltanschauung auch eine alte geben muss, werden wir die geschichtliche Entwicklung und ihre Anschauungen ab der nächsten Ausgabe weiter verfolgen. Wenn es heißt: Die Vorläufer und ihre Glücksversprechen. hpf

Bundesregierung entrechtet Erwerbslose!

Grundgesetz gilt nicht für Langzeitarbeitslose

„Ich kann doch nicht den ganzen Tag mit dem Grundgesetzt unter dem Arm rumlaufen.“ Dieser berühmte Satz eines Parlamentariers ging vor Jahren durch die gesamte Presse und führte zu Aufregung. Heute regt sich niemand auf, wenn fast die gesamte Schar der Parlamentarier von schwarz-rot-grün-gelb in Berlin die Grundrechte - für die wir weltweit geachtet werden - für Erwerbslose aushebeln.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar“, so beginnt unser Grundgesetz. Damit ist es nun für Millionen Bürgerinnen und Bürger vorbei. Langzeitarbeitslose erhalten ab Januar 2005 weniger als die frühere Sozialhilfe. Nach dem Sozialgesetzbuch sollte noch ein „menschenwürdiges Leben“ sichergestellt werden – 2005 gibt es das nicht mehr. Die neuen Regelungen widersprechen zutiefst der sozialstaatlichen Verpflichtung, weil sie nicht armutsfest sind. Es wird eine nie gekannte Nachkriegsarmut in Deutschland geben: Menschen ohne Anspruch auf Kultur und Bildung, schlechte Ernährung, miserable Wohnsituation – nicht einmal die Versorgung mit Warmwasser wird übernommen. Vielleicht werden unsere Regierungsjuristen auch hier einen Dreh finden, dass selbst diese Erniedrigung und Verachtung, die aus den „Hartz-Gesetzen“ spricht, „menschlicher Würde“ folgen.

Nach Artikel 12 GG haben alle Deutschen das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstelle frei zu wählen. Spätestens mit der Einführung von Hartz IV ist es damit vorbei. Die Rot-Grüne Regierung hat den Bürgerinnen und Bürgern Zwangsarbeit, Billigjobs und die Annahme jeder Arbeitsgelegenheit als „Modernisierung“ des Arbeitsmarktes verkauft und eingeführt – unabhängig, ob man davon existieren kann. Beruf, Qualifikation, Berufserfahrung, tarifliche Bezahlung spielen keine Rolle. Selbst für 1 Euro die Stunde müssen kommunale Tätigkeiten ausgeübt werden – der Lohn wie in einem unterentwickelten Land! Wer auf seinem Grundrecht pocht, wird bestraft - mit Kürzungen des Arbeitslosengeldes II. Jugendliche werden zu Sklaven der Nation, denn sie haben in diesem Fall überhaupt keinen Anspruch auf Leistung mehr. Diese „Zumutbarkeitsregelungen“ widersprechen dem Verbot der Zwangsarbeit nach Artikel 12 und gegen die Vertragsfreiheit nach Artikel 2 GG.

Dass man vor einem Umzug die Genehmigung eines Amtes einholen muss, gab es zuletzt für bestimmte Bevölkerungsgruppen in der Zeit des „Dritten Reichs“. Mit Hartz IV ist das offensichtlich heutzutage kein Problem: Die im Grundgesetz vorgesehene Freizügigkeit wird kurzer Hand eingeschränkt. Da nach den Regelungen des ALG II zur Miete nur noch ein Zuschuss gezahlt wird, wird die Obdachlosigkeit ein enormes Ausmaß annehmen. Zwangsumsiedelungen werden die Folge, denn mit Mietschulden wird man seine Wohnung über kurz oder lang ohnehin durch Zwangsräumung verlieren und landet dann in einer der bereits jetzt von Diakonischen Werken angemieteten Notunterkünften. Auch dies widerspricht Bestimmtheitsgebot nach Artikel 80 GG.

Eine besondere Art der Enteignung hat man sich bei älteren Erwerbslosen einfallen lassen. Nachdem nun jahrelang dafür geworben wurde, fürs Alter vorzusorgen, wird den Menschen dies nun bis auf einen geringen Betrag per Handstreich wieder abgenommen – zur Bereicherung des Staatsapparates. Lebensversicherungen, die dazu angedacht waren, Altersarmut zu verhindern, müssen verkauft werden. Grausamer kann man mit alten Menschen kaum umgehen. Und hat jemand noch was zu vererben, holt sich die Arbeitsagentur das Geld im Wege der „Erbenhaftung“. Es klingt schon sehr nach „Sippenhaftung“.

Foto: www.arbeiterfotografie.com

Die Regierung, welche die Familie immer besonders fördern wollte, schafft sie nun ab – durch die Bedarfsgemeinschaft. Sie führt in einem Zuge die verschärften Unterhaltspflichten ein. Die Zumutbarkeitsbedingungen führen zum Auseinanderfall kinderloser und älterer Familien, zum Verfall sozialer Beziehungen und familiärer Bindungen. Dies sind die Folgen von Flexibilität und Mobilität, eben des „modernen Arbeitsmarktes“.

Nach Artikel 20 verpflichtet das Sozialstaatsprinzip Parlament und Regierung, für eine soziale Ordnung und die Entwicklung des Gemeinwohls zu sorgen, in der die Gleichheit der Menschen ein bedeutende Rolle spielt. Hierzu sind sie durch die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts angehalten.

Die Kohlsche Politik der Spaltung der Gesellschaft wird durch den Sozi Kanzler Schröder unbeeindruckt fortgesetzt.

Vielleicht erinnern sich die Bürgerinnen und Bürger eines Tages an eine andere Regelung in Artikel 20 GG: „Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“ Oder ist dies durch die Europäische Verfassung ausgeschlossen? Oder durch die geplante neue rot-grün-schwarz-gelbe „Staatsreform“, an der die BürgerInnen wieder nicht mitwirken dürfen? hdh

REZENSION

„Arm und Reich“ von Werner Rügemer, transcript-Verlag, Bielefeld

W. Rügemer hat einen guten Ruf und einen schlechten. Den guten bei denen, die Korruption und Klüngel in Köln aufdecken wollten, einen schlechten bei den anderen. Deshalb war schon das Buch „Colonia corrupta“ ein Renner. „Arm und Reich“ setzt diese Tradition fort. In schonungsloser Offenheit macht Rügemer die Zusammenhänge zwischen privater Bereicherung und Verbilligung der Arbeit und zunehmender Entrechtung der Menschen deutlich. Wer das nicht erkennt, kann sich nicht gegen Massenarbeitslosigkeit, Niedriglöhne und Massenverarmung wehren. Lesenswert! hdh

Ein weiteres Buch: „Cross Border Leasing“ – es behandelt die Selbstenteignung der Gemeinden.

LESERBRIEF

Inzwischen haben wir eine richtige Ausbeuterkultur der Reichen und Mächtigen. Ich möchte mal wissen, wo das ganze Geld bleibt, was man uns versprochen hat, und Arbeitsplätze, von denen man existieren kann. Hier passiert doch die größte Sauerei des Jahrhunderts!

R. Hülbrock, Köln

Anmerkung der Redaktion:
Leserbriefe spiegeln oft – aber nicht immer - die Meinung der Redaktion wieder. Sinnvolle Kürzungen behalten wir uns vor.

GEGENPOL .....

Alle reden davon, dass wir mehr Arbeit brauchen.
Die Wirklichkeit ist eine andere.
Jüngstes Beispiel: Die Einzelhandelsfirma Real und Extra testen in Versuchsprojekten Self-Scanning Kassen. Geplant ist, dass dann eine Kassiererin gleich drei oder vier Kassen bedienen kann, weil der Scanvorgang auf den Kunden verlagert wird. Solche Rationalisierungsvorgänge bestimmen das Geschehen im Wirtschaftleben unserer Gesellschaft. Es führte dazu, dass seit 1960 die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden um 16 Milliarden abgenommen hat. Trotzdem verdreifachte sich die Summe der erzeugten Güter und Dienstleistungen.
Unter diesen Bedingungen ist es schlicht und ergreifend Unfug, wenn behauptet wird, es gäbe noch einen Weg zur Vollbeschäftigung zurück.
Arbeit für alle wird es nie wieder geben, jedenfalls keine, die auch nur halbwegs existenzsichernd ist.
Wenn sogenannte Wissenschaftler, Arbeitsmarktexperten, Politiker, Fernsehmoderatorinnen und wer sonst noch kluge Ratschläge erteilen will, Feier- und Urlaubstage zu streichen und die Wochenarbeitszeit auf 50 Stunden zu verlängern, dann stellen sie die Realität wirklich endgültig auf den Kopf.
Ein Arbeitsloser wird damit seine Probleme jedenfalls auf keinen Fall lösen können. (Das Gleiche gilt natürlich auch für noch Beschäftigte).
Natürlich kann es so sein, das mit längeren Arbeitszeiten ein wirtschaftlicher Vorteil gegenüber der billigeren Konkurrenz erzielt wird. Doch wer sagt denn, dass die nicht mit dem gleichen Argument wiederum ihre Arbeitszeiten verlängern, Löhne kürzen oder Feiertage streichen? Das ist ein Prozess, der keinen Anfang hat und kein Ende.
Er ist nie eine Lösung für unsere Probleme.
Stellen wir die Welt doch einmal wieder auf die Füße.
Warum immer länger und immer mehr arbeiten, wo es immer weniger Arbeit gibt, jedenfalls bezahlte Arbeit?
Wir brauchen andere Lösungswege.
mr

„Unternehmen und Politik treten Erwerbslose mit Füßen“

Unter diesem Motto fand am Freitag den 23.07. in Köln eine Aktion gegen die anhaltend hohe Massenarbeitslosigkeit in Deutschland statt. Mit einem symbolischen Band aus Kreide von der Börse bis zum Arbeitsamt sollte auf den Zusammenhang zwischen Kapitalinteressen und anhaltend hoher Erwerbslosigkeit hingewiesen werden.

Überall in Europa werden unter dem Begriff der „Reformen“ soziale Standards und soziale Gerechtigkeit dem Primat der Wirtschaft untergeordnet. Erwerbslosen werden die Chancen einer immer gnadenloser werdenden Politik mehr und mehr genommen; sie werden an den gesellschaftlichen Rand getrieben. Die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer größer, die Verteilung der Vermögen von unten nach oben immer dreister.

Die Aktion der ca. 50 mutigen Teilnehmer fand das rege Interesse der Passanten und führte zu hitzigen Auseinandersetzungen. Ihr Anliegen ist, für eine solidarische Gesellschaft, die die wirtschaftlichen Stärken angemessen zur Sicherung der Lebensbedürfnisse der Allgemeinheit heranzieht.

Das „Bündnis für soziale Bewegung“ attac und das neue Kölner Wahlbündnis „Gemeinsam gegen Sozialraub“ in Köln fordern insbesondere die Stärkung der öffentlichen Investitionen für Arbeit, Bildung und Umwelt, familiengerechte Arbeitszeiten, Stärkung der Massenkaufkraft, Ausbildung für alle durch Umlagefinanzierung und ein gut ausgestattetes und gebührenfreies Bildungswesen. Weitere Schwerpunkte sind die ausreichende Absicherung

Foto: D. Wegewitz
www.arbeiterfotografie.com

im Alter, bei Erwerbslosigkeit, Krankheit und Pflegebedürftigkeit sowie Armut.

Nach Meinung des Bündnisses braucht Deutschland keinen Sozialabbau, sondern mutige Reformen. bi

Die Arbeitsgruppe „Politisch vernetzte Aktionen" bereitet unter anderem Flugblätter vor, die dann an dem Tag, an dem die neuen Arbeitslosenzahlen genannt werden, vor dem Arbeitsamt verteilt werden. Zur Aktionsvorbereitung trifft sich die AG regelmäßig jeden 2. Mittwoch im Monat um 17:30 Uhr im KALZ in der Herbrandstraße 7 - 50825 Köln
Kontakt über:
erwerbslose@grnx.de
www.erwerbslose.de.vu

Der Kölner Erwerbslosen Ausschuss ver.di trifft sich jeden letzten Montag im Monat um 18:30 Uhr im Gewerkschaftshaus Hans-Böckler-Platz 9.
Das Treffen ist offen für Interessierte!
InfoTel: 0221.4 85 58-341

Probleme mit dem Arbeitsamt oder Sozialamt?
Plötzlich erwerbslos und keine Idee, was zu tun ist?

Echo
Lyoner Passage 3+4
50765 Köln- Chorweiler
Fon: 0221.7 00 87 03

Kölner Arbeitslosenzentrum KALZ
Herbrandstr.7
50825 Köln- Ehrenfeld
Fon: 0221.5 46 10-72

Vingster Treff
Würzburger Str. 11 a
51103 Köln-Vingst
Fon: 0221.87 54 85

ABC Höhenhaus
Von-Ketteler-Str. 2
51061 Köln-Höhenhaus
Fon: 0221.64 66 41

Frauen gegen Erwerbslosigkeit
Gellert-Str. 45
50733 Köln-Nippes
Fon: 02 21.7 32 72 51

IMPRESSUM
Redaktion:
HP Fischer (hpf), H.-D. Hey (hdh), D.Söhngen (ds), M. Rausch (mr) B. Irkens (bi)
Layout: H.-D. Hey
v.i.S.d.P.:
Bezirks-Erwerbslosenausschuss ver.di Köln
Präsidium
Hans-Böckler-Platz 9
50672 Köln
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung von ver.di Köln wieder.